

# Digitale Menschenrechte effektiv einbinden

## Ein Fahrplan für europäische Politik gegen Online-Antisemitismus



Die Coalition to Counter Online Antisemitism (CCOA) ist ein europaweites Netzwerk, das Forschungs-, Politik- und Bildungsexpert\*innen an der Schnittstelle von Antisemitismusbekämpfung und digitaler Schadensbegrenzung vereint. Ziel ist der Austausch von Wissen und bewährten Verfahren zur Bekämpfung von Antisemitismus in den sozialen Medien.

Bereits lange vor den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 waren jüdische Gemeinden in Europa in den sozialen Medien zunehmend mit Hass, Belästigung und Feindseligkeit konfrontiert. Dieses Strategiepapier identifiziert die zentralen Herausforderungen des Online-Antisemitismus und bietet umfassende und praxisnahe Maßnahmen für Regierungen, Plattformen, Regulierungsbehörden und zivilgesellschaftliche Organisationen, um diesen entgegenzuwirken. Es basiert auf Konsultationen mit 43 jüdischen Organisationen sowie Expert\*innen für Antisemitismus und Digitalpolitik aus den fünf CCOA-Regionen Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und Schweden. Durch die Bündelung lokaler Erfahrungen formt es eine kohärente, gesamteuropäische Strategie, die Gemeinschaften und Sektoren in gemeinsamen Antworten vereint.

## Herausforderungen im Umgang mit Online-Antisemitismus

Die Befragten identifizierten fünf zentrale Herausforderungen im Umgang mit Online-Antisemitismus:

- Jüdische Gemeinden in allen fünf Regionen berichten von erheblichen verhaltensbezogenen, sozialen und psychologischen Folgen von Online-Antisemitismus, die ihre Teilnahme am öffentlichen Leben einschränken.
  - Besonders besorgniserregend sind gewalttätige extremistische Inhalte am Rand der Gesellschaft, die zunehmende Normalisierung von Antisemitismus im Mainstream sowie eine Kultur der Toleranz, die seine Verbreitung in allen gesellschaftlichen Bereichen begünstigt.
  - Im Ökosystem sozialer Medien existiert eine Vielzahl von Plattformen, die jeweils eigene Ansätze und Standards zur Inhaltsmoderation verfolgen. Die anhaltende Verbreitung antisemitischer Inhalte verdeutlicht jedoch, dass erhebliche Hürden einer wirksamen Durchsetzung der Nutzungsbedingungen im Weg stehen und viele Plattformen dabei scheitern.
  - Innerhalb der jüdischen Zivilgesellschaft sind das Bewusstsein und das Verständnis für das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) begrenzt. Die Kapazitäten zur Umsetzung sind gering und es fehlt an Vertrauen in seine Wirksamkeit bei der Bekämpfung von Antisemitismus.
  - Auch den Strafverfolgungsbehörden mangelt es bislang sowohl an Ressourcen als auch an geeigneten rechtlichen Instrumenten, um dem Ausmaß illegaler Aktivitäten in den sozialen Medien wirksam zu begegnen.
-

# Auf dem Weg zu einer ganzheitlichen politischen Strategie zur Bekämpfung von Online-Antisemitismus

Dieses Strategiepapier enthält Empfehlungen für Regierungen, soziale Medienplattformen, digitale Regulierungsbehörden und die Zivilgesellschaft. Die skizzierten Ansätze bieten einen gemeinsamen Handlungsrahmen, dessen Umsetzung je nach Region, Gemeinschaft und Rechtsordnung variieren kann.

## Regierungen sollten:

- in zivilgesellschaftliche Initiativen investieren, um die Auswirkungen von Online-Antisemitismus zu verringern, etwa durch Kampagnen zur Resilienzstärkung und Förderung der psychischen Gesundheit;
- Ressourcen für Antisemitismus-Beobachtungsstellen bereitstellen und regelmäßige Kommunikationsskanäle einrichten, um den zuständigen Behörden die Meldung gefährlicher Inhalte zu erleichtern;
- die Zivilgesellschaft für das Gesetz über digitale Dienste (DSA) sensibilisieren und den Aufbau von Kapazitäten in diesem Bereich fördern;
- den Lehrplan im formalen Bildungswesen aktualisieren und verpflichtende Inhalte zu aktuellem Antisemitismus, Online-Gefahren und jüdischem Leben integrieren;
- Programme zur Antisemitismus-Aufklärung und digitalen Kompetenzförderung für alle Bevölkerungsgruppen einführen, um präventiv gegen Antisemitismus vorzugehen;
- ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu Online-Antisemitismus einrichten, um einen kohärenten und regierungsübergreifenden Zusammenhalt zu gewährleisten;
- Strategien verschiedener Ressorts – darunter nationale Sicherheit, digitale Regulierung, sozialer Zusammenhalt und Bildung – besser aufeinander abstimmen;
- zwischenstaatliche Kooperationen stärken, um länderübergreifende Bedrohungen mit gemeinsamen Maßnahmen zu begegnen;
- Gesetzgebung und Strafverfolgung verbessern, indem Durchsetzungslücken bei der Bekämpfung von Online-Hass überprüft und geschlossen werden;
- Kapazitäten innerhalb der Strafverfolgungsbehörden ausbauen, um Online-Antisemitismus besser zu erkennen und wirksam zu bekämpfen.

## Plattformen sollten:

- mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um deren Fachwissen in die Moderationsprozesse einzubinden und diese fundierter zu gestalten;
- Transparenz über Empfehlungs- und Inhaltsmoderationalgorithmen schaffen, einschließlich einer detaillierten Aufschlüsselung der Daten zu verschiedenen Formen von Hassrede;
- Algorithmen und deren Entwickler\*innen gezielt zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus fortbilden;
- menschliche Moderation beibehalten und ausbauen, indem regelmäßige, aktualisierte und evidenzbasierte Schulungen zu Antisemitismus durchgeführt werden;
- sicherstellen, dass die Moderationsteams hinsichtlich Sprache und Region proportional besetzt sind, um Maßnahmen kontextsensitiv an den Umfang der Inhalte, kulturelle Codes und lokale Gegebenheiten anzupassen.
- Reaktionen auf gekennzeichnete Inhalte klar und mit detailliertem Feedback an die Nutzer\*innen kommunizieren;
- die Erreichbarkeit der Mitarbeitenden verbessern, um sicherzustellen, dass lokale Organisationen bei Bedarf Unterstützung erhalten können;

- Meldemechanismen für illegale Inhalte optimieren, indem Kennzeichnungsverfahren vereinfacht und traufmainformierte Prinzipien bei der Gestaltung der Benutzeroberflächen berücksichtigt werden;
- gezielte Maßnahmen für sogenannte Grauzoneninhalte einführen, etwa durch Downranking, um deren schädliche Auswirkungen zu minimieren.
- die Nutzungsbedingungen sowie die Anforderungen des DSA vollständig umsetzen. Für sehr große Online-Plattformen (Very Large Online Platforms, VLOPs) bedeutet dies unter anderem zugängliche Meldestrukturen sowie die rasche Entfernung verletzender Inhalte und die Sperrung von Konten wiederholter Verstöße;
- eine unabhängige Kontrolle ermöglichen, indem umfassender Datenzugang für Dritte gewährt wird, um das Monitoring, die Analyse und Bekämpfung antisemitischer Inhalte zu verbessern;
- die Registrierung und angemessene Bearbeitung von Meldungen zu illegalen Inhalten öffentlich dokumentieren. Dies stellt zwar eine Mindestanforderung für kleinere Plattformen dar, doch auch sie sollten eine umfassendere Einhaltung der VLOP-Standards anstreben.

### Regulierungsbehörden sollten:

- angemessen auf Verstöße gegen Anforderungen zu illegalen Inhalten und Wiederholungstäter\*innen reagieren, um anhaltend schädliches Verhalten wirksam einzudämmen und abzuschrecken;
- Wissen und Kapazitäten im Umgang mit dem DSA aufbauen, damit zivilgesellschaftliche Organisationen über die notwendigen Instrumente verfügen, um sich vollumfänglich an den Aktivitäten von Trusted Flaggers (vertrauenswürdige Hinweisgeber\*innen) zu beteiligen;
- geeignete Trusted Flaggers benennen und sicherstellen, dass sie vor möglichen Vergeltungsmaßnahmen geschützt sind;
- weitere in der EU gesprochene Sprachen wie Türkisch, Arabisch und Russisch in die Moderation und Risikobewertung miteinbeziehen;
- lokal registrierte kleinere Plattformen und eine öffentlich zugängliche Liste zur Unterstützung der Überwachung der Einhaltung der Vorschriften identifizieren.

### Die Zivilgesellschaft sollte:

- die Widerstandskraft jüdischer Gemeinden stärken, um Online-Hass einzudämmen und wirksam darauf zu reagieren – unter Berücksichtigung interner Polarisierung innerhalb der Gemeinden;
- jüdische Gemeinden in die effektive Erkennung von Online-Antisemitismus einbinden, um eine gezieltere und effizientere Berichterstattung zu ermöglichen;
- eine strategischen Programmplanung zur Prävention von Online-Antisemitismus entwickeln, die Beobachtung und Bewertung einschließt, um Verhaltens- und Einstellungsänderungen messbar zu machen;
- mit kleineren jüdischen Gemeinden zusammenarbeiten und sie unterstützen, um einen gleichberechtigten Zugang zu Instrumenten und Kampagnen in verschiedenen europäischen Sprachen sicherzustellen;
- die Solidarität innerhalb der breiteren Zivilgesellschaft stärken, um die Isolation jüdischer Gemeinden zu verringern;
- den Wissensaustausch zwischen Expert\*innen für digitale Politik und Antisemitismus fördern, um eine stärkere Integration von Fachwissen sicherzustellen.

Die Datenerhebung wurde von den lokalen Berater\*innen Sophie Taieb, Ruben Gerczikow, Larisa Bulgar, Jacek Purski, Klara Ljungberg und Morgan Finnsjö durchgeführt.

Diese Ergebnisse sind ein Auszug aus einer umfassenden politischen Roadmap auf Englisch. Die vollständige „Policy Roadmap“ ist [hier](#) auf Englisch verfügbar.

Wenn Sie unserer Koalition beitreten möchten, kontaktieren Sie uns gerne per E-Mail unter [ccoa@isdglobal.org](mailto:ccoa@isdglobal.org).

---